

07. August 2012, 10:53 Uhr

Vermögensabgabe & Co.

Was die Reichensteuer wirklich bringt

Von *Nicolai Kwasniewski*

Die Umverteilungsdebatte ist wieder voll entbrannt: Die da oben sollen zur Kasse gebeten werden. Aber wie viel Geld bringen die verschiedenen Spielarten der Reichensteuer dem Staat ein? Ein Überblick.

Hamburg - Attac fordert sie, einige Ökonomen ebenfalls, die Linke sowieso, die Grünen und die SPD jetzt auch und sogar einige Millionäre sprechen sich für eine stärkere Umverteilung aus - von oben nach unten, von den Reichen zu den Armen. Inzwischen kursieren die verschiedensten Modelle, um die (vermeintlich) Reichen stärker zur Kasse zu bitten.

Wie viel aber bringt es nun wirklich, die **Einkommensteuer** für Spitzenverdiener anzuheben, wie viel ein höherer Erbschaftsteuersatz? Was bringt eine Vermögensabgabe und welche Summe eine höhere Steuer auf Kapitalerträge? Es ist vor allem das arbeiternahere Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das konkrete Berechnungen angestellt hat.

Unter dem Schlagwort **Reichensteuer** werden in der Regel vier verschiedene Abgaben zusammengefasst: Die Einkommensteuer, die **Erbschaftsteuer**, die Steuer auf Kapitalerträge und die Vermögensteuer oder Vermögensabgabe. Nach Schätzungen des DIW würde eine Kombination dieser Modelle insgesamt **zwischen zehn und fünfzehn Milliarden Euro** in die Staatskasse spülen. Zum Vergleich: Die gesamten Steuereinnahmen in Deutschland betragen 2011 mehr als 550 Milliarden Euro.

Aber was bringen die einzelnen Maßnahmen? Eine Übersicht.

Höherer Spitzensteuersatz für Gutverdiener

Den "Reichenzuschlag" bei der Einkommensteuer gibt es bereits: Seit dem 1. Januar 2007 gilt der von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene Zuschlag von drei Prozent für Arbeitnehmer, die mehr als 250.000 Euro verdienen - für sie beträgt der Spitzensteuersatz insgesamt 45 Prozent. Einer Berechnung des DIW zufolge sind davon aber nur 45.000 Menschen betroffen, rund 0,1 Prozent der Steuerpflichtigen. Die Einnahmen liegen also nur bei 800 Millionen Euro, eine diskutierte **Anhebung auf 49 Prozent** brächte Mehreinnahmen von nur etwa **1,1 Milliarden Euro**.

Die Datenbasis ist klein und die Zahlen ungenau, das gibt auch das DIW zu. Sicher ist aber: Will der Staat auf diesem Weg wirklich mehr einnehmen, müsste ein höherer Spitzensteuersatz von 49 Prozent auch für Einkommen von weniger als 250.000 Euro gelten. Die SPD plädiert für eine Grenze von 100.000 Euro, das würde laut DIW etwa **3,5 Milliarden Euro** Mehreinnahmen bringen, die SPD selbst spricht von fünf Milliarden Euro.

Die Grünen gehen noch weiter und schlagen einen ansteigenden Steuertarif vor, der bei rund 53.000 Euro beginnt - ab einem Einkommen in dieser Höhe gilt schon jetzt der Spitzensteuersatz von 42 Prozent - und der bei 80.000 Euro den Spitzensatz von 49 Prozent erreicht. Bei dieser Variante würden rund **sechs Milliarden Euro** mehr eingenommen. Die Linken-Vorsitzende Katja Kipping **forderte unlängst** sogar für Einkommen jenseits von rund 500.000 Euro eine Steuer von 100 Prozent.

Höhere Abgeltungsteuer

Das Problem beim Spitzensteuersatz: Er trifft zwar jene, die gut verdienen, nicht aber die wirklich Reichen - von denen viele einen großen Teil ihrer Einkommen nicht durch Arbeit, sondern aus Kapitalerträgen erzielen. Seitdem die schwarz-rote Bundesregierung zum 1. Januar 2009 die pauschale Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent eingeführt hat, zahlen vor allem Gutverdiener deutlich weniger

als vorher. Maßgeblich vorangebracht hatte die Steuer der damalige Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** (SPD) mit dem Satz: "Lieber 25 Prozent von X als nix." Jetzt plädieren die Sozialdemokraten für eine Erhöhung auf 30 Prozent. Geschätzte Mehreinnahmen: **rund eine Milliarde Euro**.

Vermögensabgabe und Vermögensteuer

Den hohen Schulden Deutschlands stehen noch höhere Privatvermögen gegenüber. Das Verhältnis beträgt fast eins zu fünf. Die Überlegung liegt also nahe, dieses Kapital zur Schuldentilgung heranzuziehen. Die am häufigsten diskutierte Idee ist eine Zwangsanleihe: Die Bundesregierung würde Reiche dazu verpflichten, einen Teil ihres Vermögens dem Staat zu leihen - für einen bestimmten Zeitraum und für einen bestimmten niedrigen Zinssatz.

Das DIW rechnet bei einem persönlichen Freibetrag von 250.000 Euro und einem Kinderfreibetrag von 100.000 Euro mit einer Bemessungsgrundlage von 2,3 Billionen Euro - das entspricht 92 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Mit einer Zwangsanleihe oder einer Abgabe in Höhe von zehn Prozent des BIP könnte der Staat dementsprechend **230 Milliarden Euro** ansammeln. Betroffen wären in diesem Fall 4,4 Millionen Menschen - die reichsten acht Prozent der Bevölkerung.

Eine Möglichkeit, auch das Immobilienvermögen einzubeziehen, wäre eine Erhöhung der Grundsteuern. Diesen Weg sind Italien, Spanien und Griechenland bereits gegangen. Der Vorteil: Häuser und Wohnungen lassen sich, anders als Finanzvermögen, nicht so einfach ins Ausland verschieben.

Die Vermögensteuer hat es in Deutschland schon gegeben: Bis das **Bundesverfassungsgericht** sie 1995 für verfassungswidrig erklärte, mussten Deutsche mit einem Privatvermögen von mehr als 120.000 D-Mark jährlich ein Prozent abgeben. Seitdem gibt es nur noch in Frankreich eine echte Vermögensteuer: Ab einem Vermögen von mehr als 1,3 Millionen Euro müssen die Reichen einen Steuersatz zwischen 0,55 und 1,8 Prozent zahlen.

Die SPD hat angekündigt schon nach der Sommerpause eine Initiative für die Wiedereinführung der Vermögensteuer zu starten. Legt man die DIW-Schätzungen zugrunde und geht von einer einprozentigen Abgabe auf Vermögen von mehr als 250.000 Euro aus, könnten so **23 Milliarden Euro** pro Jahr in die Staatskasse fließen.

Höhere Erbschaftsteuer

Bisher nimmt der Staat, in diesem Fall nur die Bundesländer, mit der Erbschaftsteuer rund 4,2 Milliarden Euro pro Jahr ein. Seit die große Koalition 2008 weitreichende Ausnahmeregelungen für Familienunternehmen schuf, lassen sich selbst Milliardenvermögen komplett erbschaftsteuerfrei an die nächste Generation übertragen - **sofern man ein paar vollkommen legale Tricks beherrscht**.

SPD und Grüne wollen die Steuersätze erhöhen, Freibeträge senken und Schlupflöcher schließen. Die Linke hat konkret vorgeschlagen, Erbschaften ab drei Millionen Euro mit einem Steuersatz von 60 Prozent zu belegen. Wie viel eine Reform der Erbschaftsteuer bringen kann, ist umstritten, das DIW geht von maximal weiteren **vier Milliarden Euro** aus.

Wie viel von den Steuererhöhungen wirklich beim Staat ankommt, ist allerdings schwer zu sagen. Nicht alles lässt sich zweifelsfrei berechnen, zu kompliziert ist die Wechselwirkung mit anderen Steuern, zu unkalkulierbar mögliche Schlupflöcher oder eine Kapitalflucht ins Ausland.

Die Beispielrechnungen zeigen allerdings auch: In der Diskussion um eine stärkere steuerliche Belastung der Reichen geht es vor allem um Fragen von Gerechtigkeit und Moral - eine wirkliche Entlastung des mit mehr als **2000 Milliarden Euro** verschuldeten deutschen Staates bringt kaum einer der Vorschläge: Die Kombination aus höheren Steuern auf Einkommen, Erbschaften und Kapitalerträgen ergäbe insgesamt nur etwas mehr als zehn Milliarden Euro. Das einzige, was deutlich größere Einnahmen brächte, wäre die härteste aller Maßnahmen: die Zwangsabgabe auf alle größeren Vermögen in Deutschland - diese durchzusetzen, **dürfte in Deutschland aber äußerst schwierig werden** und wäre in den Folgen unkalkulierbar.

URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/reichensteuer-so-viel-bringen-hoehere-steuern-fuer-vermoegende-a-848522.html>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

Regionalwährungen: Mit Chiemgauer gegen den Euro-Crash (06.08.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,844830,00.html>

Reichensteuer und Co.: Angriff der Umverteiler (03.08.2012)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,848060,00.html>

Neue Ideen zur Euro-Rettung: Sahara Wagenknechts erzliberales Manifest (25.07.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,845862,00.html>

Kapitalflucht-Studie: Reiche bunkern mehr als 20 Billionen Dollar in Steueroasen (22.07.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,845747,00.html>

Zwangsabgabe für Reiche: Naiv und gefährlich (11.07.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,843783,00.html>

DIW-Vorschlag: Finanzministerium findet Reichenabgabe interessant (11.07.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,843853,00.html>

Reichenanwalt: "Die Playboys kann ich an einer Hand abzählen" (24.06.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,835008,00.html>

Reichenstudie: Deutschland wird zur Hochburg der Millionäre (19.06.2012)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,839802,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2012

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH